



**Biolandbau, Biodiversität,
Klimaschutz und Gesundheitsprävention
vorantreiben:**

**FÜR EIN UMDENKEN DER POLITIK -
DOMINANZ HEUTIGER MARKT-
MECHANISMEN HINTERFRAGEN**



erausgi vum Mouvement Ecologique asbl

Kontakt / Impressum

Mouvement Ecologique asbl

6, rue Vauban

L-2663 Luxembourg

Tel.: +352 439030-1

E-mail: meco@oeko.lu

www.meco.lu



**mouvement
écologique**

1. Restopolis und Supply4Future - eine absolute Success-Story

Zur Erinnerung: Seit einigen Jahren führt Restopolis, die Versorgungsstruktur für Schulkantinen des Erziehungsministeriums, eine für Luxemburger Verhältnisse, exemplarische Einkaufspolitik durch.

War bis dahin der Preis entscheidend dafür, welche Lebensmittel für die Restauration in den Schulen eingekauft wurden, so gelten heute auch deren Qualität und Herkunft als maßgebliche Faktoren.

Statt, dass der Preis zu 100% bestimmend ist (wie dies z.B. überwiegend noch bei der Bestellung von Schulobst durch das Landwirtschaftsministerium aktuell leider der Fall ist...), stehen bei den heutigen Ausschreibungskriterien von Restopolis die Förderung der hiesigen (biologischen) Landwirtschaft und deren Produkte, die Biodiversität und die Gesundheit im Fokus.

Mit der Plattform Supply4Future eröffneten Restopolis und das Erziehungsministerium neue umfangreiche, recht sichere und extrem wichtige Absatzchancen für alle lokalen Produkte, was nachhaltig und existentiell für die luxemburgische Landwirtschaft ist.

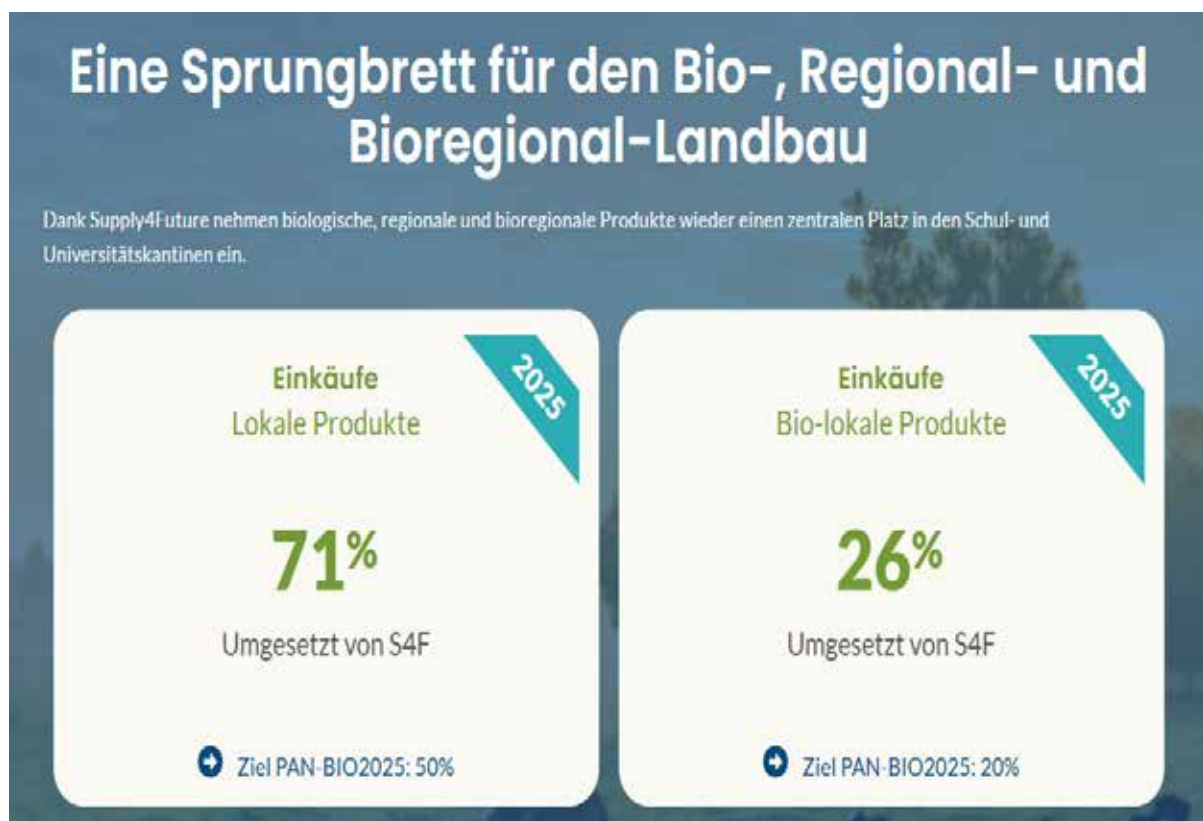
Dies im Übrigen nach jahrelangem sehr konsequentem und ausdauerndem Engagement, vor allem auch des Mouvement Ecologique in diesem Sinne.

Zitiert sei von der Plattform: «Mit über 117 Standorten (Kantinen und Cafeterien), 3 Millionen servierten Mahlzeiten und 5 Millionen verkauften Cafeteriaprodukten pro Jahr sowie bedeutenden Einkaufsvolumen spielt Restopolis eine zentrale Rolle bei der Entwicklung eines nachhaltigen, transparenten und fairen Lebensmittelsystems.»

Sowohl die konventionelle als auch die biologische Landwirtschaft haben dadurch einen weitaus besseren Absatzmarkt im Bereich der Schulkantinen. Eine Win-win-Situation:

- Förderung im Allgemeinen der lokalen Landwirtschaft und im Falle des Biolandbaus zusätzlich der Biodiversität, des Klima-, Tier- und Gesundheitsschutzes;
- Schaffung eines Mehrwertes in der ökonomischen Wertschöpfungskette;
- Zugang für alle Kinder und Jugendliche zu bestmöglichen gesunden Lebensmitteln, dies losgelöst von ihrer sozio-kulturellen Herkunft.

Die Supply4Future-Strategie hat sich bewährt; sie erweist sich in der Praxis als äußerst praxisnah und effizient!



Aus der offiziellen Webseite von Supply4Future

Vergabekriterien für den Einkauf von Restopolis / Supply4Future

Bei **Supply4Future** gelten folgende Vergabekriterien (Stand März 2025):

Preis: 40%
Bio-Qualität: 27%
Lokale Herkunft: 23%
Lokale Lieferung: 10%

D.h. der Preis spielt auch nach wie vor eine Rolle. Aber insgesamt werden die Produktionsbedingungen höher gewichtet.

Dabei spielt das Kriterium „biologische Produktion“ mit 27% die wichtigste Rolle, dann kommt die „lokale Herkunft“ mit 23%.

Ein biologisch hergestelltes Produkt, das auch noch lokal produziert wird, wird am höchsten bewertet (27% + 23%).

Aber ein biologisch produziertes Produkt über einen gewissen Perimeter hinaus (dieser variiert je nach Produktkategorie, teilweise wird die nahe Großregion einbezogen) kann ebenfalls besser bewertet werden, falls das konventionell produzierte nicht lokal geliefert wird (27% für das Kriterium bio, 23% für die ausschließliche lokale Herkunft).

Gerade für die Biobranche kam die Neuerung von Restopolis zu einem äußerst wichtigen Zeitpunkt: Nach Covid-Zeiten, in welchen die Branche eine sehr positive Entwicklung kannte, gab es Einbrüche im Verkauf. Manche Biolandwirte dachten sogar daran, wieder auf die konventionelle Produktion umzusteigen.

Die durch das Erziehungsministerium eingeführte zeitgemäße Einkaufsstrategie von Restopolis kann deshalb zurecht als eine der wichtigsten Maßnahmen im Laufe der vergangenen Jahre im Dienste der Luxemburger (Bio-)Landwirtschaft sowie einer nachhaltigen Entwicklung angesehen werden.

Die neue Einkaufskultur für Schulen wurde übrigens ohne Zutun oder finanzielle Förderung des Landwirtschaftsministeriums vom Erziehungsministerium und Restopolis eingeführt. Das Landwirtschaftsministerium verschläft es – im Gegensatz zum Erziehungsministerium – seit Jahren einen Rahmen und eine Struktur zu erstellen (z.B. eine ähnliche Plattform wie Supply4-Future es für die Schulen ist), damit generell in weiteren öffentlichen Kantinen (Spitälern, Altersheimen u.a.m.) biologische und regionale Lebensmittel angeboten werden. Damit verfehlt es sichere Absatzmärkte für seine Produzenten zu schaffen.

Restopolis hingegen öffnete neue Chancen und kann für sich zugutehalten, dass sie in diesen für die Landwirtschaft recht problematischen Zeiten positive Perspektiven entwickelte.

Die Initiative Supply4Future des Erziehungsministeriums: Wegweisend für die Entwicklung der Luxemburger Landwirtschaft - besonders prägend für den Biolandbau.



2. Success Story, welche aber riskiert in der aktuellen Form u.a. vom Landwirtschaftsministerium in Frage gestellt zu werden

Es sei einleitend darauf hingewiesen, dass die folgende Analyse nicht auf einem direkten Austausch mit Landwirtschaftsministerin Martine Hansen fußt. Diese hat in der Tat mehrfach angeführt, ihr wäre einerseits nur sehr begrenzt an einem Dialog mit den Umweltorganisationen gelegen und sie würde andererseits den biologischen Landbau zwar unterstützen, wolle ihm jedoch gegenüber der konventionellen Landwirtschaft keinen größeren Stellenwert einräumen. Die Landwirtschaftsministerin hat bis dato keinen Dialog mit Umweltkreisen gesucht bzw. eher vermittelt, dass ein solcher ihrer Ansicht nach nicht dienlich sei (auch nicht im Rahmen des Bio-Aktionsplanes).

Zur Diskussion steht derzeit nicht, dass beim Einkauf durch *Restopolis* / *Supply4Future* die erste Priorität weiterhin auf lokalen biologischen landwirtschaftlichen Produkten liegen soll (dies in einem wirtschaftlichen Rahmen, der Preis spielt noch immer eine Rolle, ist aber weniger hoch gewichtet).

Aber: verschiedene Kreise üben Druck aus, damit lokal konventionell hergestellte Lebensmittel höher eingestuft werden sollen, als im Ausland hergestellte Biolebensmittel.

Auf den ersten Blick mag dies vielleicht nachvollziehbar erscheinen. Aber: diese Abänderung der Einkaufspolitik wäre mit äußerst weitreichenden Konsequenzen verbunden, auch für die Entwicklung des Biolandbaus in Luxemburg.

Dabei stehen diese von verschiedenen Akteuren zur Diskussion gebrachten Abänderungen symbolisch für zentrale Probleme, die seit längerem die landwirtschaftlichen Diskussionen beeinflussen.

Warum eine Abänderung der Kriterien im Interesse der lokalen konventionellen lokalen Produktion gegenüber dem nicht lokalen Bio auch Probleme für den Bio-Landbau in Luxemburg sowie die nachhaltige Entwicklung mit sich bringen würde, sei im Folgenden angeführt:

Vorab muss man wissen, dass die von *Supply4Future* eingekauften Biolebensmittel **primär lokal sowie aus EU-Ländern stammen**, dies da Restopolis positiverweise vorrangig saisonale Waren einkauft.

Wenn also biologische Produkte aus dem Ausland eingekauft werden, handelt es sich nicht etwa um Erdbeeren aus Südafrika, sondern um Produkte, die nicht (ausreichend) aus lokaler Produktion verfügbar sind.

Für nicht lokal biologisch produzierte Lebensmittel gelten logischerweise die gleichen Vorteile gegenüber konventionell produzierten Lebensmitteln, wie auch bei lokal biologisch produzierten: erhebliche Vorteile für die Biodiversität, den Klimaschutz, keine oder weitaus geringere Belastung durch Pestizide usw.



Grund 1: Anreiz für konventionell wirtschaftende Betriebe auf den Biolandbau umzusteigen

Bis dato wusste ein lokaler Landwirt: **Es lohnt sich, aus der konventionellen Produktion auf den Biolandbau umzusteigen, denn vor allem dann hat man sichere Absatzmöglichkeiten bei Supply4Future.**

Dies eben, da Supply4Future lokal produzierten Bio-Lebensmitteln einen gewissen Vorrang gegenüber allen konventionell lokal produzierten sowie allen nicht-lokal produzierten Lebensmitteln (konventionell produzierte sowie Biolebensmitteln) gibt.

Wenn diese „Konkurrenz“ wegfallen würde, wäre der Anreiz für viele konventionell produzierende Landwirte auf die Bioproduktion umzusteigen, abgeschwächt. In der heutigen Situation der Landwirtschaft ist dieser Anreiz absolut notwendig, dies auch angesichts der fluktuierenden Preise zwischen bio und konventionell hergestellten Produkten, der heutigen staatlichen Subventionspolitik usw.

Dabei ist es nur normal, dass Landwirte auch auf den Markt / die Absatzmöglichkeiten reagieren. Mit der von verschiedenen Akteuren angestrebten Änderung wäre die Situation eher Folgende: Es gibt zwar einige wenige lokale Bioproduzenten, doch die sind keine eigentliche Konkurrenz für den Absatz von Produkten

konventionell produzierender Landwirte. Da kein Druck mehr durch ausländische Produzenten von Biolebensmitteln besteht, die den Markt mit prägen, würde ein zentraler Anreiz wegfallen, um von der ihnen bekannten klassischen (aber z.T. umweltbelastenden) Produktion hin zum biologischen Anbau zu wechseln.

Eines der zentralen Argumente für die Produktionsweise ist der gesicherte Absatz, und hier muss das Signal von Supply4Future in Zukunft unbedingt weiterhin der Biolandbau sein.

So leistet die heutige Struktur der Ausschreibungen von Supply4Future einen zentralen Beitrag zur Transition der Landwirtschaft im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und einer zukunftsorientierten Landwirtschaft. Denn niemand darf sich etwas vormachen: mittel- bis langfristig überlebt nur eine Landwirtschaftspolitik, die nicht auf einem Raubbau der Natur basiert.

Wie bitternotwendig dies ist, zeigen die Zahlen der Entwicklung des Biolandbaus in Luxemburg auf: Luxemburg hat sein selbst gestecktes Ziel im sogenannten Bio-Aktionsplan (PAN-Bio) schlichtweg um die Hälfte verfehlt: Statt der angestrebten 25.000 ha Flächen an Biolandbau bis 2025 gab es 2024 lediglich 9.328 ha. Dabei waren 20% der landwirtschaftlichen Fläche das Ziel. Diese Situation ist ein Armutszeugnis für die Luxemburger Landwirtschaftspolitik. Der Biolandbau ist in Luxemburg nach wie vor

Entwicklung der Fläche

Entwicklung der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Bezug zur gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes (in Hektar)



Quelle: Landwirtschaftsportal Landwirtschaft.lu, <https://agriculture.public.lu/de/agrarstatistik/biologische-landwirtschaft.html>

Ursprüngliches Ziel PAN Bio: 20% Biolandbau - erreicht wurde weitaus weniger



Quelle: «Bio in Zahlen» auf bio2025.lu, <https://bio2025.lu/akteure-und-label-in-luxemburg/bio-entdecken/>

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass Luxemburg seine Ziele im Bioaktionsplan noch weitaus flagranter verfehlen würde, wenn es *Supply4future* von Restopolis nicht gäbe. Denn das Wachstum der Anbauflächen geht auf die Initiative von Restopolis zurück.

Eigentlich müsste das Landwirtschaftsministerium dem Erziehungsministerium dankbar für die geleistete Vorreiterrolle in Sachen nachhaltiger Landwirtschaft sein.

Sollte der Anreiz der öffentlichen Kantinen als Absatzmarkt wegbrechen, wäre die Weiterentwicklung des Biolandbaus in Luxemburg höchst ungewiss. Wie dann der kommende Bioaktionsplan erfolgreich umgesetzt werden sollte, steht in den Sternen!

Man gewinnt den Eindruck, als hätten Akteure, wie die Landwirtschaftsministerin, folgende Überzeugung: Die heutigen Bio-Landwirte, die in der Mehrzahl aus einer Grundüber-

zeugung handeln, können gerne weiterhin so produzieren, die paar Prozent sind keine «Konkurrenz» für die konventionelle Landwirtschaft.

Doch die so dringend gebotene Umstellung von weiteren konventionell wirtschaftenden Betrieben wird weder erkannt noch angestrebt! Es wird sogar gemunkelt, dass die Ziele des neuen Bioaktionsplanes zum Ausbau der biologischen Landwirtschaft deshalb sehr bescheiden angesetzt werden sollen.

Nicht zuletzt: Hätten die vorherigen sowie die aktuelle Regierung den Biolandbau bereits vor längerer Zeit konsequenter unterstützt, dann wäre die nationale Produktion an Bio-Lebensmitteln weitaus höher und der Bedarf nach Importprodukten niedriger. Dieser Fehler darf nicht erneut begangen werden.



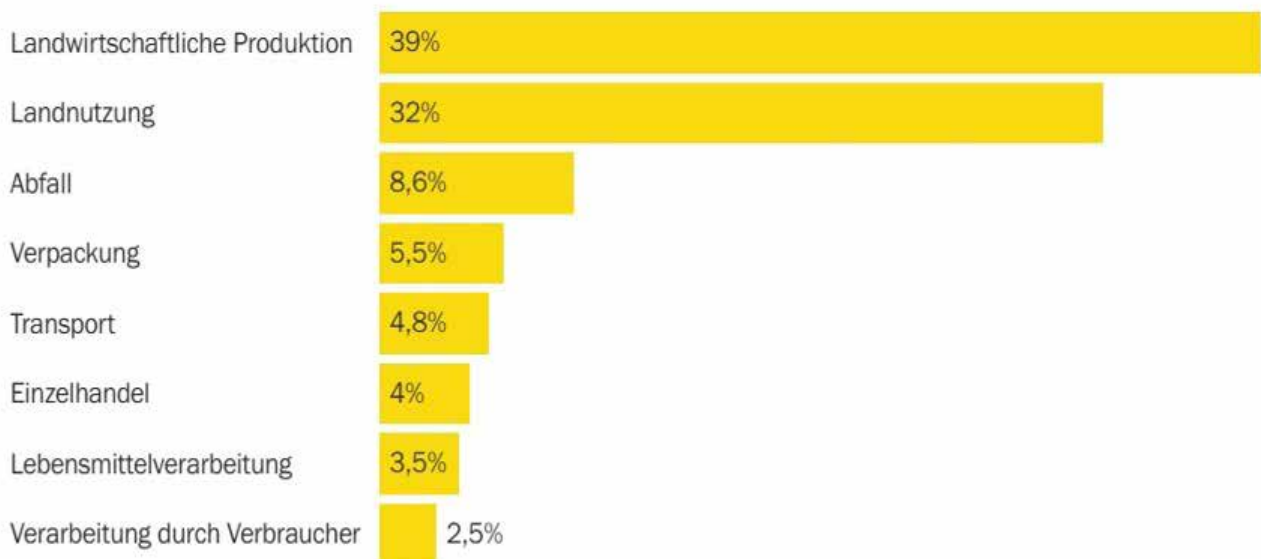
Grund 2: Hauptverursacher der CO₂-Emissionen ist der Anbau – nicht der Transportweg

Wie aus zahlreichen Studien hervorgeht, ist nicht der Transportweg maßgeblich verantwortlich für die CO₂-Emissionen, die bei der Herstellung von Lebensmitteln anfallen, sondern hauptsächlich die Produktion an sich.

Berechnungen ergeben, dass nur etwa 5-20% der Klimabelastung aufgrund des Transportweges von Lebensmittelprodukten zustande kommt. Etwas weiter entfernt produzierte Bio-Produkte sind aus ökologischer Sicht weitaus nachhaltiger als lokal konventionell produzierte Lebensmittel.

CO₂-Emissionen bei Lebensmitteln nach Produktionsschritten

Die Grafik zeigt, wie sich der komplette CO₂-Ausstoß des Essens anteilig auf die verschiedenen Anbau- und Produktionsschritte verteilt. Die Angaben sind in Prozent.



Quelle: Our World in Data/Crippa M. et al. (2021)

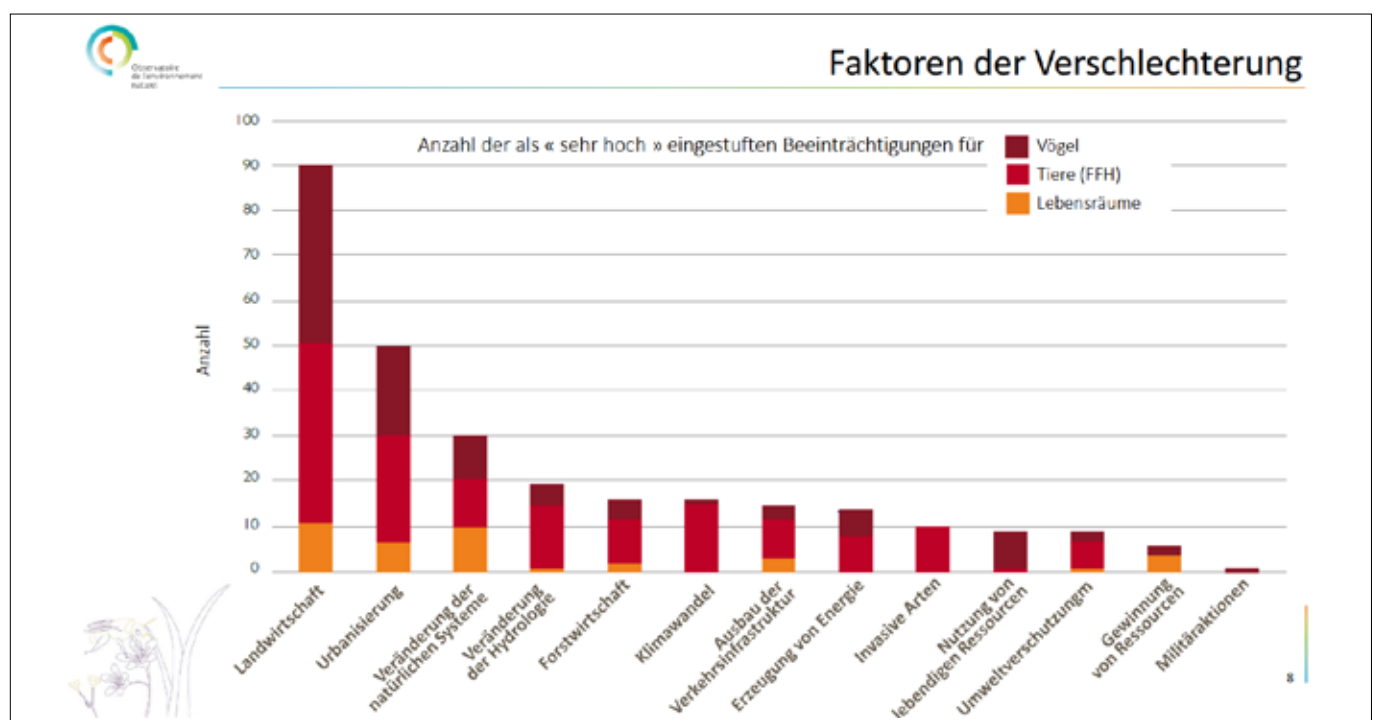
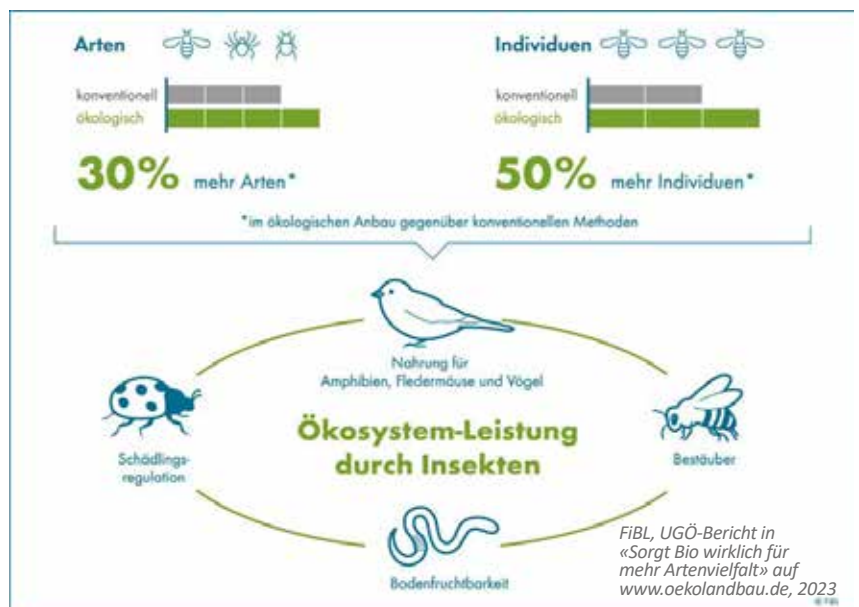
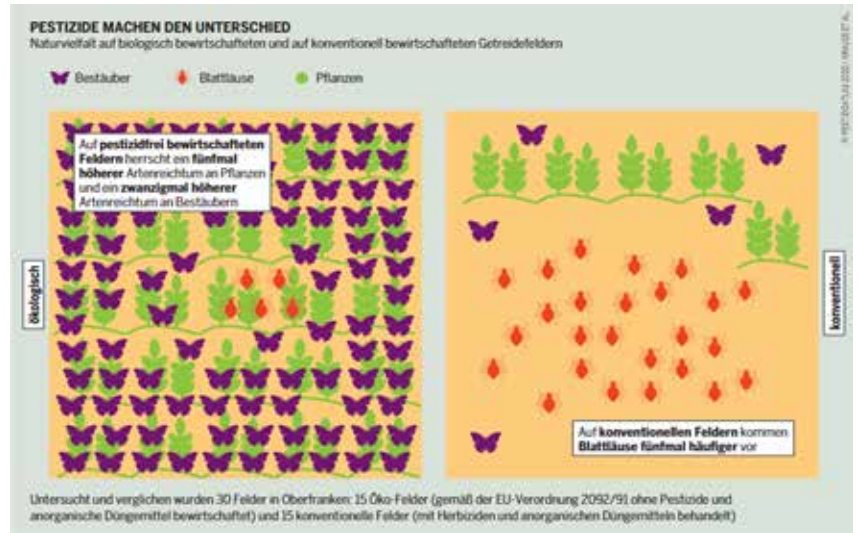
Grund 3: Biodiversitäts- und Klimaschutz dürfen auf der Landesgrenze keinen „Halt“ machen

Quelle: Pestizidatlas 2022, Heinrich Böll

Es wäre geradezu absurd, wenn Luxemburg die Auswirkungen der Produktion seiner Lebensmittel ignorieren würde, wenn sie im Ausland stattfindet.

Jedwede Degradation der Biodiversität und des Klimas betrifft uns alle und die kommenden Generationen: Bio-Anbau ist nachhaltig und schont die Umwelt, ob er vor Ort oder in einer Entfernung von 100 km erfolgt.

Wie relevant die Unterschiede in der Produktion zwischen bio und konventionell sind, zeigen die Grafiken auf dieser Seite eindeutig auf.



Quelle: Aktivitätsbericht des Observatoire de l'environnement naturel 2017-2021 - Pressekonferenz 29. März 2022

Grund 4: Biologisch produzierte Lebensmittel: in der Schule müssen die Lebensmittel angeboten werden, die am geringsten mit Schadstoffen belastet sind

Analysen der *Sécurité Alimentaire* belegen, dass biologisch hergestellte Lebensmittel in der Regel weitaus weniger mit Pestiziden belastet sind, als konventionell produzierte. Fakt ist ebenfalls, dass in Haaranalysen bei Kindern - im Auftrag gegeben durch das Gesundheitsministerium und durchgeführt vom LIH - alle Kinder Luxemburgs Belastungen durch Pestizide aufwiesen.

Bei Kindern, die überwiegend Biolebensmittel essen, waren diese Belastungen jedoch weitaus niedriger (siehe Auszug aus der Studie auf dieser Seite).

Analysen des Hausstaubs (siehe untenstehende Graphik), durchgeführt im Auftrag des Mouvement Ecologique, zeigen eine systematische Belastung der gesamten Bevölkerung auf.

COMMUNIQUÉ DE PRESSE

Jusqu'à 88 polluants différents trouvés dans les cheveux des enfants luxembourgeois

Une étude novatrice du LIH vise à améliorer les mesures de protection des enfants contre l'exposition à la pollution

19 juillet 2022

UNITÉ DE RECHERCHE SUR LA BIOSURVEILLANCE HUMAINE

DÉPARTEMENT SANTÉ DE PRÉCISION



61 Verbindungen in seinem Haar hatte, wobei die Werte zwischen 29 und 88 pro Probe lagen. Am höchsten war die Konzentration von Bisphenol A (BPA), das üblicherweise bei der Herstellung von Kunststoffen verwendet wird, mit 133,6 pg/mg. Obwohl persistente organische Schadstoffe in Europa seit über 20 Jahren verboten sind, wurden sie in mehr als der Hälfte der Proben gefunden, was darauf hindeutet, dass die starke industrielle Vergangenheit Luxemburgs in Verbindung mit der langen Abbaudauer dieser Chemikalien zu einer anhaltenden Belastung der Kinder führen könnte. Auch Pestizide wurden in allen Proben häufig nachgewiesen.

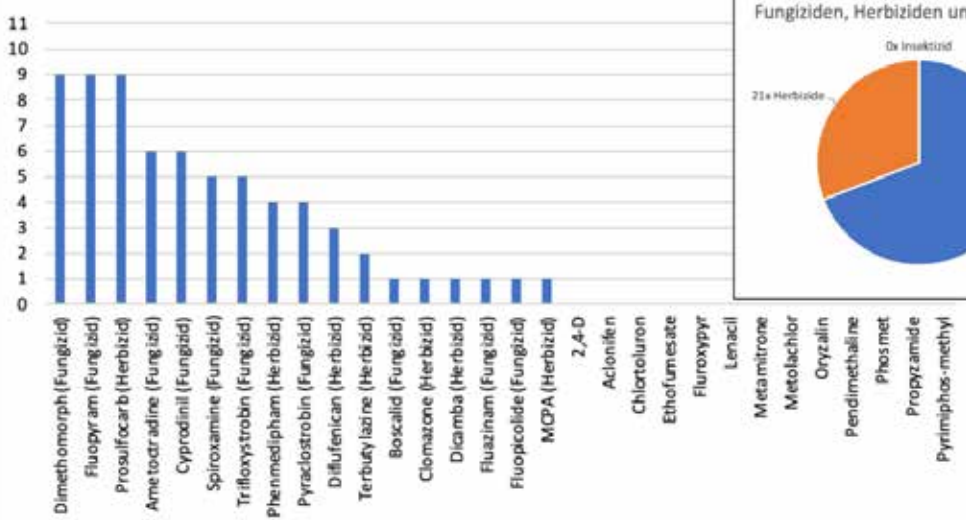
Interessanterweise wurde festgestellt, dass die Exposition gegenüber Schadstoffen in jüngeren Jahren höher ist, und dass Jungen stärker nicht persistenten Pestiziden gegenüber exponiert sind als Mädchen. Dies legt die Vermutung nahe, dass es einen physiologischen und verhaltensmäßigen Dimorphismus zwischen den Geschlechtern gibt. Darüber hinaus wiesen Kinder, die sich überwiegend biologisch ernähren, deutlich niedrigere Konzentrationen von 17 Schadstoffarten in ihrem Haar auf.

Quelle: Luxembourg Institute of Health, 19.07.2022, Pressemitteilung «Jusqu'à 88 polluants différents trouvés dans les cheveux des enfants luxembourgeois»

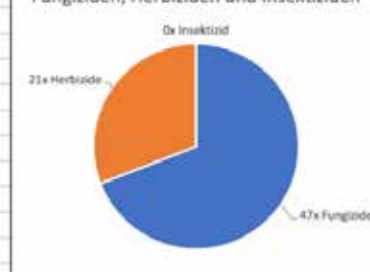
<https://www.lih.lu/fr/article/jusqua-88-polluants-differents-trouves-dans-les-cheveux-des-enfants-luxembourgeois/>

Une pollution engendrée par les traitements agricoles a été mesurée dans tous les échantillons de poussière. Un logement sur 2 contient plus de 7 pesticides agricoles et plus de 49,5 ng/g de pesticide.

Häufigkeit der nachgewiesenen Wirkstoffe
(11 Proben insgesamt)



Häufigkeit der Nachweise von Fungiziden, Herbiziden und Insektiziden



Quelle: Mouvement Ecologique, 14.12.22, Prise de position «Tous les citoyen:nes exposé:es de manière chronique - L'Etat luxembourgeois doit agir !!»

<https://www.meco.lu/fr/blog/documentcenter/alle-buergerinnen-chronischer-pestizidbelastung-ausgesetzt-der-staat-luxemburg-muss-handeln/>

Grund 5: Schulen müssen glaubwürdig sein gegenüber Kindern, Jugendlichen und Eltern

Gerne führen Politiker:innen an, Bürger:innen wären zu sehr auf ihre eigenen Vorteile fixiert, häufig wird von „*not in my back yard*“ der Bürger:innen gesprochen. Aber: würde die Luxemburger Regierung umschwenken und einer lokalen konventionellen

Produktion den Vorrang vor nicht-lokalen Bioprodukten geben, wäre genau das der Fall, und zwar in übelster Ausprägung. **Will man das auch den Kindern mit auf den Weg geben?**



3. Die Einstellung von Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin Martine Hansen gegenüber dem Biolandbau

Landwirtschaftsministerin Martine Hansen vertritt vor allem die Interessen der konventionellen Landwirtschaft.

Es ist sicherlich ihr Job, sich auch für die Belange der konventionellen Landwirte einzusetzen. Aber: Wäre es nicht auch der Job einer Landwirtschaftsministerin - ebenfalls in ihrer Funktion als Ministerin für den Verbraucherschutz! - aus den genannten Gründen parallel dazu beizutragen, den biologischen Landbau konsequenter voranzutreiben, sogar zu priorisieren?

Leider betonte die Ministerin mehrfach – auch in einer offiziellen Sitzung mit dem Mouvement Ecologique – der „*Biolandbau ass net meng Prioritéit*“. Dabei zeigen alle wissenschaftlichen Analysen auf, dass aus Sicht des Biodiversitäts-, des Klima-, des Gesundheitsschutzes sowie des Tierwohls diese Landwirtschaft die anstrebenswerteste ist.

Eine Ministerin ist ALLEN Zielen einer Regierung verpflichtet, also auch jenen der Ökologie. Insofern müsste sie den Biolandbau konsequent ausbauen. Die Bemühungen halten sich jedoch in Grenzen.

- Dass dies der Fall ist, zeigt nicht zuletzt auch das Beispiel der 20 Mio € Förderung, die der Luxemburger Staat in den Bau von eher größeren (Mindestinvest von 1 Mio €) Gewächshäusern für den Obst- und Gemüsebau investieren will. Aus Sicht des Mouvement Ecologique hätte zwingend der Biolandbau vorgeschrieben werden müssen, zumindest hätte das Lastenheft zur Ausschreibung gewisse ökologische Kriterien für den Anbau beinhalten müssen. Dies war aber nicht der Fall! Dabei wäre dies durchaus möglich und nur eine logische Konsequenz zahlreicher staatlicher Erklärungen (cf. Nachhaltigkeitsziele, PAN-Bio usw.).
- Aber auch die Vorgehensweise beim Aktionsplan Biolandbau lässt tief blicken. Der jetzige Aktionsplan läuft 2025 aus, Ende Herbst muss ein neuer Aktionsplan Bio vorliegen. Bis dato liegt jedoch kein derartiger Entwurf vor, die Erstellung erfolgt zudem hinter verschlossenen

Türen, ein Bio-Landwirtschaftstisch mit allen Akteuren - Fehlanzeige.

Dass sich Ministerin Martine Hansen nun auch noch, so die Informationen des Mouvement Ecologique, scheinbar dafür einsetzt, dass die heutigen Bestimmungen von Restopolis wie angeführt abgeändert werden, spiegelt diese Sichtweise erneut auf äußerst frappante Art und Weise wieder.

Dies mag vielleicht kurzfristig als im Interesse der konventionellen lokalen Landwirte angesehen werden, ist jedoch generell mit äußerst negativen Konsequenzen verbunden, wie in dieser Stellungnahme dargelegt wird.

D.h., nicht nur, dass sich die Ministerin nicht aktiv genug für den Ausbau des Biolandbaus einsetzen würde, sie scheint sich sogar aktiv für ein Rollback starkzumachen bzw. nicht alle Hebel nutzen zu wollen, damit der Ausbau konsequent genug erfolgen kann.

Dies in Zeiten, wo der Biolandbau – auch aufgrund fehlender politischer Unterstützung und mancher Umsetzungsprobleme – wie bereits erwähnt nicht die erforderliche und geplante Entwicklung kennt!

Die Landwirtschaftsministerin macht sich hier einseitig zum Sprachrohr einer weniger nachhaltig orientierten Landwirtschaftspolitik.

Dies obwohl es ihr als Ministerin sehr bewusst sein müsste, dass die Benachteiligung im Ausland biologisch produzierter Lebensmittel nicht nur mit generellen ökologischen, gesundheitlichen und pädagogischen Nachteilen verbunden wäre, sondern auch auf Kosten des Ausbaus der lokalen Bio-Landwirtschaft gehen würde.

Ebenso dürfte bekannt sein, dass ein Ausbau des Biolandbaus in Luxemburg selbst, die Ammoniak-Emissionen, die Emissionen klimarelevanter Gase usw. durch Luxemburger Landwirtschaft erheblich reduzieren würde, was dem ganzen Sektor zugute käme.



Nicht lokale Biowaren: höchstens punktuell eine Konkurrenz für lokal produzierte Lebensmittel bei Supply4Future

Wober stammt die Argumentation von Vertretern der Landwirtschaft, dass nicht lokale Bioprodukte eine «Gefahr» seien für konventionelle lokale Lebensmittel, mag man sich fragen.

Nun: Konkrete Beispiele werden kaum angeführt.

Es wurde kein Produktsektor genannt, geschweige denn mehrere (zur Information: insgesamt bestellt Restopolis über 300 verschiedene Produkte), in dem ausländische biologische Produkte lokal konventionell produzierte gänzlich aus dem Markt gedrängt hätten. Und wenn dies punktuell der Fall wäre, dann sollte man diese Produkte klar benennen, die Gründe analysieren und ggf. auch punktuelle Lösungen suchen, statt pauschal ein ganzes System in Frage zu stellen.

Welche Sparten, so die Frage, werden 100% durch Bio abgedeckt (lokal und nicht lokal) und verdrängen somit die luxemburger konventionelle Produktion? Falls dies in einem Sektor der Fall wäre, wieviele der angebotenen Biowaren sind lokal hergestellt und wie viele stammen aus dem Ausland? Und nicht zuletzt: Was kann getan werden, um die inländische Produktion zu fördern.

Einzig nachvollziehbar ist, dass konventionell wirtschaftende Betriebe, die ihre Produktion ausweiten möchten, eventuell schwereren Zugang finden, wenn diese - derzeit eher „Nischenprodukte“ - bereits von biologisch arbeitenden Produzenten „abgedeckt“ sind.

Der Mouvement Ecologique begrüßt ausdrücklich den Initiativegeist von Landwirten, die ihre Produktion diversifizieren. Nur muss man sagen: isolierte Beispiele - wobei diese noch offen gelegt werden müssten - dürfen nicht zur Infragestellung eines gesamten Systems führen.

Wer nun in dieser Situation argumentiert, konventionell produzierenden Landwirten müsste die «Konkurrenz» nicht lokal produzierender Bio-Landwirte entzogen werden, geht genau den falschen Weg! Die umgekehrte Überlegung muss der Fall sein: konventionell produzierende Landwirte sollen gerade bei der Ausweitung ihrer Produktion unterstützt und aufgefordert werden, auf Bio umzusteigen und somit einen Beitrag zur Entwicklung des Biolandbaus in Luxemburg leisten.

Es lässt sich vermuten, dass die Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerin gerade dies nicht tut und nicht tun will: nämlich konventionell wirtschaftende Landwirte für die biologische Produktion gewinnen.

Denn es müsste doch das Ziel sein, dass - wenn Landwirte schon positiverweise neue Wege gehen und sich diversifizieren - diese so weit irgend möglich unterstützt werden, damit sie diese biologisch anbauen! Gerade dies müsste doch das Ziel einer nachhaltigkeitsorientierten Landwirtschaftspolitik sein.

So gewinnt man den Eindruck: hier soll pauschal gegen die biologische Landwirtschaft gearbeitet werden, ohne eigentlichen Handlungsbedarf statt reelle und praxisnahe Lösungen für evtl. punktuelle Probleme zu entwickeln.

Es handelt sich weitaus mehr um ein ideologisches als um ein reelles Problem! Nur, dass dies nicht offen gesagt wird ...

4. Die zweifelhafte Rolle der Provençale -

Ein Privatunternehmen als «politischer» Taktgeber ?

Wer über die öffentliche Restauration redet, kommt an der *Provençale* nicht vorbei. Sie hat derzeit de facto eine **marktbeherrschende Rolle im Bereich Vertrieb in der Restauration** (sowie eine äußerst wichtige in der Verarbeitung) und weiß diese scheinbar auch zu nutzen.

Fast alle Produzenten sind auf die *Provençale* angewiesen: Als Verarbeiter von landwirtschaftlichen- und gartenbaulichen Produkten, aber auch als Verteiler der Waren auf allen Ebenen. Sie beliefert auch *Supply4Future*, insbesondere auch weil der einzelne Landwirt dies logistisch nur äußerst schwer bewerkstelligen kann und häufig nicht die Kapazitäten hat, um eine hohe Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten.

Der gesamte Sektor hängt also von der Zusammenarbeit mit der *Provençale* ab.

Die Verdienste der *Provençale* sind in diesem Zusammenhang nicht zu leugnen: Der Sektor profitiert von ihrem Angebot und ihren guten Dienstleistungen.

Aber: Die Art und Weise, wie die Provençale diese marktbeherrschende Position benutzt, wirft doch Fragen auf.

Dem *Mouvement Ecologique* liegen ausreichend Informationen vor, die deutlich machen, dass die *Provençale* sich für die angeführte Abänderung zugunsten von lokal produzierten Lebensmitteln am *Supply4Future System* starkmacht.

Zusätzlich zeigen sich aber auch grundsätzliche Probleme, die aus der doch sehr konsequent genutzten Marktbeherrschung der *Provençale* entstehen.

• Problem 1: Die Landwirte sind auf die Vertriebsnetze der *Provençale* angewiesen – diese Abhängigkeit wird zementiert

Im Sektor ist weitgehend bekannt, dass die *Provençale* Landwirte unter Druck setzen kann, wenn sie - ohne auf die Dienste der *Provençale* zurückzugreifen - gewisse Lebensmittel an Schulen liefern möchten. Sei es, dass sie dies mit einer anderen Verteilerstruktur (deren es äußerst wenige gibt) tun würden oder aber indem sie mit anderen Landwirten selbst eine derartige Struktur aufbauen möchten.

Wenn ein Landwirt „andere Absatzwege“ (z.B. direkt mit *Supply4Future*) eingehen will, wird angedroht, die gesamten Geschäftsbeziehungen mit dem Landwirt ggf. zu kündigen, sprich, den Vertrieb und ggf. auch die Verarbeitung seiner Produkte nicht mehr durchzuführen.

Das aber kann sich kaum ein Landwirt leisten, denn nicht alle produzierten Lebensmittel können u.a. über *Supply4Future* abgesetzt werden.

So führt die heutige Strategie der *Provençale* dazu, dass Konkurrenten kaum eine Chance haben, sich zu etablieren. Dies ist nach Ansicht des *Mouvement Ecologique* eine höchst problematische Haltung eines marktbeherrschenden Akteurs und müsste eigentlich auch juristisch geprüft werden.

Denn diese Vorgehensweise erschwert die Situation für alle Landwirte (konventionell und biologisch Produzierende) sich in der Verteilung breiter aufzustellen.

Anmerkung: Dies ist auch einer der Gründe dafür, warum das ursprüngliche Ziel von *Supply4Future* auch die dezentrale Versorgung von Schulen zu erhöhen - Landwirte oder landwirtschaftliche Gemeinschaften sollten Schulen (auch unabhängig von einem externen kommerziellen Dienstleister wie der *Provençale*) direkt beliefern können – nicht erreicht werden konnte.

• Problem 2: Die *Provençale* unterbindet eine Diversifizierung der Verteilerstrukturen – festigt ihre Marktdominanz

Aufgrund dieser Situation sind nicht nur die Landwirte der *Provençale* ausgeliefert – sondern es entstehen auch kaum neue Verteilerstrukturen bzw. bestehende haben z.T. Probleme neue Landwirte für ihre Dienste zu gewinnen (auch wenn diese ggf. Interesse hätten).

Dies führt dazu, dass eine quasi Monopolstellung sogar noch gefestigt wird. Da es nachvollziehbarerweise immer sinnvoll ist, wenn man nicht nur einem Marktakteur ausgesetzt ist, erschwert dies die Bedingungen aller Landwirte.

Die EU-Wettbewerbsregeln sollen dafür sorgen, dass der freie Wettbewerb gewährleistet ist. Der Zugang zu Absatzmärkten muss allen Landwirten zu fairen Bedingungen möglich sein. Dafür hat die Regierung Sorge zu tragen.

• Problem 3: Es fehlt an Verarbeitungsstrukturen in Luxemburg – auch hier spielt die *Provençale* eine Rolle

In Luxemburg sind Verarbeitungsstrukturen von Lebensmitteln äußerst unterentwickelt, dies vor allem auf der Ebene der biologischen Produktion.

Dies ist sicherlich a priori nicht die Verantwortung der *Provençale*, die effiziente Arbeit leistet. Es liegt sicherlich u.a. auch an der Größe Luxemburgs sowie besonders an der mangelnden Initiative des Landwirtschaftsministeriums in diesem Bereich.

Das Ministerium müsste sich weitaus mehr seiner Verantwortung stellen und - gemeinsam mit den Akteuren - Wege zur Optimierung der Verarbeitungsstrukturen herausarbeiten und in der Umsetzung unterstützen.

Doch nichts desto trotz muss aber auch die Strategie der *Provençale* zur Diskussion kommen, die nicht zuletzt auch angesichts der mangelhaften Vorgehensweise des Ministeriums, Taktgeber ist: Denn bei den Verarbeitungsstrukturen verfolgt sie die gleiche Strategie, als bei den Verteilerstrukturen: sie beharrt auf ihrer Ausschließlichkeit.

Derart wird ebenfalls eine gewisse Diversifizierung in den Verarbeitungsstrukturen erschwert: die dominierende Marktrolle der *Provençale* wird auch hier gefestigt. Gerade und im Besonderen für den Biolandbau, wo es besonders an Verarbeitungsstrukturen mangelt, ist dies kontraproduktiv.

Dabei wäre es, will man die lokale Biolandwirtschaft fördern, von besonderer Bedeutung, wenn hier eine Entwicklung stattfinden würde.

• Problem 4: Hohe Abhängigkeit von der Preisgestaltung der *Provençale*

Bis dato scheint die *Provençale* eine korrekte Einkaufspolitik gegenüber Landwirten zu verfolgen. Aber: Eine Abhängigkeit ist immer problematisch. So ist auch bekannt, dass die *Provençale*, als Großhändler, über die Gewinnspanne, die sie auf Lebensmittel schlägt und die daraus entstehenden Preise durchaus marktbestimmend dafür sein kann, welches Produkt mehr oder weniger nachgefragt wird.

In diesem Bereich sind die Landwirte ebenfalls der *Provençale* quasi ausgeliefert.

Stellt sich die Frage, ob es gesund ist, dass ein einzelner Akteur die Preispolitik der luxemburger landwirtschaftlichen Produktion in diesem Ausmaß bestimmen kann? Wohl kaum ... Denn in der Regel spricht man doch von der Bedeutung mehrerer Akteure am Markt, damit gerechte und korrekte Preise auch mittel- und langfristig gewährleistet sind. Derzeit sind die Produzenten einem marktbeherrschenden Dienstleister relativ ausgesetzt.

Kommt hinzu, dass die *Provençale* zusätzlich scheint die luxemburger Landwirtschaftspolitik teilweise aktiv mitbestimmen zu wollen und selbst Vermarkter von überwiegend konventionell produzierten Lebensmitteln ist.

So hat sie sich scheinbar für die genannte Abänderung an der Einkaufspolitik von *Supply4Future* stark gemacht.

In einem Gespräch mit dem Mouvement Ecologique legte ein Hauptverantwortlicher der *Provençale* eindeutig dar, man könne nicht mehr einverstanden sein mit der heutigen Orientierung von *Supply4Future*. Die Bewertungshierarchie von lokal konventionell hergestellten und nicht lokalen bio Produkten müsse zugunsten der lokal produzierten konventionellen Lebensmittel geändert werden. Man würde diesbezüglich die Landwirtschaftsministerin kontaktieren, eine derartige Landwirtschaftspolitik könne nicht die Unterstützung der *Provençale* finden.

Es ist gewusst, dass daraufhin - aber sicherlich auch aufgrund von Druck aus diversen landwirtschaftlichen Kreisen - in der Koalition darüber diskutiert wird.

Es ist, wie bereits erwähnt, bekannt, dass die Landwirtschaftsministerin ebenfalls für eine Abänderung der Kriterien eintritt.

Es mag keine direkte Verbindung geben, und trotzdem ist es interessant zu wissen: Die *Provençale* ist Besitzer der von ihr initiierten Marke „Lët'z“, zahlreiche Produkte werden unter dieser Kennzeichnung vermarktet. Vom Popcorn über Cola bis hin zu Gemüse oder sushi... wohl vorrangig konventionell produzierte Lebensmittel.

Stellt sich grundsätzlich bei der Vorgehensweise der *Provençale* die Frage: handelt es sich z.T. um eine problematische Ausnutzung einer vorherrschenden Marktstellung oder aber um eine legitime marktwirtschaftliche Vorgehensweise?

Denn die gesamte Politik der *Provençale* besteht darin, ihre äußerst dominierende Marktposition zu nutzen, diese zu zementieren und zu verstärken! Dies auf allen Ebenen: Auf der Ebene der des Einkaufs, der Produktion, der Vermarktung, aber auch der Verarbeitung!

Ist diese Vorrangstellung gesund und anstrebenswert für ein Land? Ist dies wirklich „resilient“, wie der heutige Staatsminister sagen würden?

Will Luxemburg gezielt den so wichtigen Bereich der Lebensmittelversorgung in der Restauration, in Kantinen, in größeren Verkaufsstrukturen ... immer stärker in die Hand eines einzelnen privat wirtschaftenden Unternehmens legen?

Wollen wir, will die Landwirtschaftspolitik, auf diese Weise dem Verhalten eines Akteurs ausgesetzt sein?

Schlussfolgerungen des Mouvement Ecologique

Wenn wir in der Diskussion um die Orientierung der Luxemburger Landwirtschaftspolitik vor der dargelegten heutigen Situation stehen, dann ist dies in weitem Ausmaß der verfehlten Landwirtschaftspolitik der vergangenen Legislaturperioden zu verschulden, aber ebenso der grundsätzlichen Haltung und Orientierung der heutigen Regierung.

- Hätte diese und die vorherigen Regierungen, wie andere Länder oder zumindest Regionen der Größe Luxemburgs, eine Plattform zur Belieferung aller öffentlichen Kantinen mit lokalen und lokalen Biolebensmitteln sichergestellt, so hätte dies bereits vor Jahren für einen Aufschwung in der Landwirtschaft gesorgt! Es ist ausschließlich der Initiative des Erziehungsministeriums zu verdanken, dass Bewegung ins Dossier kam!
- Wäre dies erfolgt, dann hätten wir die Ziele des Aktionsplanes zur Förderung des Bio-Landbaus längst erreicht bzw. übertroffen.
- Hätte man diesen Weg begangen, wären der Markt und die Nachfrage weitaus größer für alle Akteure.
- Würde sich endlich seitens der Politik der Thematik der Diversifizierung der Strukturen gestellt (Vertrieb und Verarbeitung), wäre der Markt ggf. anders organisiert. Vor allem wäre die Entwicklung nicht in dem Ausmaß aus (legitimer) privatwirtschaftlicher Sicht vor allem von einem marktbeherrschenden Akteur erfolgt, sondern auch aufgrund von strategischen Überlegungen und Initiativen der öffentlichen Hand!
- Nicht zuletzt: Hätten die vorherigen Regierungen konsequenter zum Bio-Landbau gestanden und würde das aktuelle Landwirtschaftsministerium dies ebenfalls tun, würde der luxemburger auch besser gegenüber dem ausländischen Biosektor stehen.

Statt dass nunmehr diverse Kreise dafür eintreten, das Rad in Sachen Biolandbau sogar zurückzudrehen, sollte eine konsequent nach vorne gerichtete nachhaltige und zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik betrieben werden. Im Interesse aller: Der Biodiversität, des Klimaschutzes, der Gesundheit, der Landwirte sowie der kommenden Generationen.

Dazu sind folgende Initiativen unabdingbar:

1. Die Supply4Future Bestimmungen müssen in der Essenz beibehalten werden!

Die heutigen Bestimmungen der Einkaufspolitik von *Restopolis* / *Supply4Future* müssen vom System her beibehalten werden und somit der Anteil von Bio-Produkten in öffentlichen Kantinen weiter erhöht werden – so wie dies auch in vielen anderen Ländern angestrebt wird!

Diese Unterstützung des graduellen Umbaus der hiesigen Landwirtschaft in Richtung Bio ist weiterhin unerlässlich. Dies wird auch ggf. erlauben, den Anteil lokal produzierter Biolebensmittel systematisch zu erhöhen, und somit den Bedarf nach importierten biologischen Lebensmitteln zu reduzieren.

Dabei versperrt sich der Mouvement Ecologique nicht gegen punktuelle Abänderungen im *Supply4Future*-System. Z.B. um die lokale biologische Produktion höher einzustufen, als die ausländische biologische Produktion oder aber um konkrete einzelne Schwachstellen mit allen Akteuren zu diskutieren und zu optimieren (ohne aber das System in Frage zu stellen).

2. Das Supply4Future-Modell muss auf alle öffentlichen Kantinen ausgedehnt werden! Somit steigt der Absatz für alle lokale Produzenten

Es ist irritierend, dass es das Erziehungsministerium ist, das dafür sorgen musste, dass biologische und lokal konventionell produzierte Lebensmittel verstärkt in den Schulen angeboten werden. Dies wäre die Rolle des Landwirtschaftsministeriums gewesen.

Würde Martine Hansen dem guten Beispiel der Initiative des Erziehungsministeriums folgen, dann würde sie umgehend eine ähnliche Struktur für ALLE öffentlichen Kantinen aufbauen und sogar den Privatsektor unterstützen sowie die direkte Kooperation mit allen Landwirten suchen.

Warum stellt die Landwirtschaftsministerin nicht den konsequenten Ausbau des Restopolis-Modells auf Krankenhäuser, Altersheime und weitere öffentliche / subventionierte Institutionen sicher? (außer bescheidenen 4 Pilotprojekten in einigen Institutionen erfolgt nichts).

Daraus entstünde ein größerer Absatzmarkt! Eine Win-win-Situation für alle: die konventionellen Landwirte aus Luxemburg und die Biolandwirte!

Würde es diesen Markt bereits geben, dann wäre der „Streit“ darüber, dass ggf. nicht lokale Bioprodukte konventionelle lokale „benachteiligen“, würden absolut hinfällig: dann wäre definitiv genug Absatz für alle da! Dann wären die ganzen Debatten über die Bestimmungen bei *Supply4Future* desto mehr hinfällig!

3. Den politischen Rahmen für den Biolandbau stecken!

Würde die Luxemburger Politik den Biolandbau verstärkt fördern, so wäre dessen Anteil in der Produktion bereits heute weitaus größer.

Das Ministerium investiert z.B. erhebliche Gelder in „*Sou schmaacht Lëtzebuerg*“. Es sind das Erziehungs- sowie das Umweltministerium die mittels *Supply4Future* sowie dem positiven Projekt von *Natur genéissen* auch im Sinne des Biodiversitäts- und Klimaschutzes aktiv sind, nicht das Landwirtschaftsministerium.

Der neue Bioaktionsplan muss gerade auch mit den Akteuren aus dem Biolandbereich sowie mit Naturschutzorganisationen diskutiert und erstellt werden! Dabei müssen weitreichende Ziele verankert werden.

Es braucht dann ausreichende Kapazitäten auf der Ebene des Landwirtschaftsministeriums, die mit den entsprechenden Kompetenzen ausgestattet sind, um den Bioaktionsplan auch in der Praxis voranzutreiben und umzusetzen. Dies ist derzeit nicht der Fall!

4. National aktiv werden, um die Verteiler- und Verarbeitungsstrukturen der Zukunft auszurichten

Das Dossier Restopolis verdeutlicht nur ein systemisches Problem: Die Verteiler- und Verarbeitungsstrukturen im Lebensmittelsektor werden derzeit rein marktwirtschaftlich gestaltet. Im Falle einer marktbeherrschenden Firma ist es nicht von der Hand zu weisen, dass dies zu Nachteilen für die betroffenen Kreise - sprich Landwirte und andere Akteure - aber auch für die Allgemeinheit führen kann.

Es ist die Verantwortung der Regierung sowie des Landwirtschaftsministeriums, die heutigen Strukturen zu analysieren sowie - im Sinne der Absicht der Regierung die Resilienz zu fördern - Kriterien zu entwickeln, welche Strukturen in Zukunft wünschenswert sind. Dabei gilt es zu überlegen, welches die Rolle des Ministeriums bei der evtl. Entwicklung neuer Strukturen ist.

Dies trifft vor allem auch auf die Verarbeitungsstrukturen im Biolandbau zu.

5. Politische Weichenstellung in Richtung 100% Bio-Produkte im schulischen Bereich setzen

Die Bestimmungen von *Supply4Future* sind, wie nunmehr ausreichend dargelegt, ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gesunden und klimafreundlichen Ernährung sowie zum Schutz der Biodiversität.

Diese politische Weichenstellung muss konsequent weitergeführt werden, mit dem von anderen Ländern und Städten angestrebten Ziel: progressiv in Richtung 100 % Bio-Ernährung in unseren Schulen!

Eine Recherche ergibt, dass z.B. in Schweden 60% aller genutzten Lebensmittel im öffentlichen Sektor (einschließlich Schulen, Krankenhäuser) bis 2030 biologisch sein sollen; in Österreich soll der Bio-Anteil bei Lebensmitteln in solchen Einrichtungen schrittweise von aktuell 25% auf 55 % bis 2030 erhöht werden. Zudem gibt es kommunale bzw. städtische Programme. In Deutschland ist es Ziel, dass mindestens 30% in staatlich geförderten Kantinen / Mensen bis 2030 erreicht werden sollten.

Production locale et gaspillage alimentaire

L'agriculture luxembourgeoise apporte de produits locaux de qualité supérieure qui sont généralement aussi plus respectueux de l'environnement en raison des distances de transport plus courtes. Le Gouvernement s'engage à ce que les produits locaux, saisonniers et régionaux soient davantage utilisés, notamment dans les écoles, les maisons relais, les crèches, les hôpitaux et les maisons de retraite et de soins. La législation en la matière sera amendée si, après analyse, cela s'avère nécessaire.

En outre, le Gouvernement soutiendra la commercialisation des produits des producteurs locaux et continuera à promouvoir et à développer les initiatives et les structures dans ce domaine. Le Gouvernement évaluera le système national de qualité et de certification des produits agricoles mis en place au cours de la dernière législature et l'adaptera si nécessaire. (...)

Agriculture biologique

Le Gouvernement soutiendra systématiquement l'agriculture biologique, aussi bien dans un esprit de diversification agricole que de protection de la nature, de l'eau, de la biodiversité ainsi que dans une optique d'une gestion durable des ressources naturelles.

Le Gouvernement analysera la situation actuelle du secteur ensemble avec les différents acteurs concernés et formulera des objectifs ambitieux et réalistes afin de mobiliser les moyens pour les atteindre. Il introduira, le cas échéant, des mesures supplémentaires afin de soutenir davantage l'agriculture biologique. Le Gouvernement veillera à ce que les agriculteurs qui souhaitent se convertir à l'agriculture biologique bénéficient d'un accompagnement et conseil optimal. Dans ce cadre, la conversion partielle des exploitations à l'agriculture biologique sera également soutenue.

Le Gouvernement soumettra le plan d'action PAN-Bio 2025 à une évaluation fondamentale dans le but de garantir sa praticabilité, tant au niveau de la production que de la commercialisation, en vue de l'élaboration d'un nouveau PAN-Bio. Le cas échéant, le Gouvernement procédera à une refonte complète



Lieweg, kritesch, engagéiert!

Member sinn

am Mouvement Ecologique



**mouvement
écologique**



MEMBERSFORMULAIRE

ZESUMMEN MÉI STAARK - MEMBER GINN AM MOUVEMENT ECOLOGIQUE



Ich/wir möchte(n) Mitglied werden (enthält das Kéisécker-Info)

☐ **Einzelmitglied**

Mindestbeitrag 50 € (Jugendliche unter 18 Jahren, Studenten, Arbeitslose 20 €)

☐ **Haushaltsmitgliedschaft ab 2 Personenhaushalt**

Mindestbeitrag 75 €

Name / Vorname _____ Nationalität _____

Beruf _____ Geburtsjahr _____

Unterschrift _____

Name / Vorname _____ Nationalität _____

Beruf _____ Geburtsjahr _____

Unterschrift _____

Name / Vorname _____ Nationalität _____

Beruf _____ Geburtsjahr _____

Unterschrift _____

Straße + Nr _____

Plz + Ortschaft _____

Email _____ Tel _____

☐ Ich möchte die Publikationen des Mouvement Ecologique in gedruckter Form erhalten

☐ Ich möchte keine Publikationen per Post, sondern konsultiere ggf. die Webseite

☐ Ich abonniere mich auf die elektronische Newsletter / Email: _____
(vergessen Sie bitte nicht Ihre Email adresse anzugeben)

☐ **Ich überweisung den Mitgliedsbeitrag auf eines der Konten des Mouvement Ecologique:**
CCP: LU16 1111 0392 1729 0000 / BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

☐ **oder ich gebe dem Mouvement Ecologique die Vollmacht über folgenden Dauerauftrag:**

bei meiner Bank _____ IBAN _____

monatlicher Dauerauftrag ☐ 4,17 € ☐ 6,25 € ☐ 7,50 € ☐ 10 € oder ☐ _____ €

jährlicher Dauerauftrag ☐ 50 € ☐ 75 € oder ☐ _____ €

Datum _____ / _____ / _____

Unterschrift _____

www.meco.lu